



Verleihung des "Regine-Hildebrandt-Preises 2012"

Verleihung des "Regine-Hildebrandt-Preises 2012"

Anlässlich des elften Todestages von Regine Hildebrandt verleiht die SPD in einem Festakt am Montag, dem 26. November 2012, den "Regine-Hildebrandt-Preis 2012". Ausgezeichnet werden der ostdeutsche Regisseur Andreas Dresen und zwei Initiativen für Integration und gegen Rechtsextremismus, der Verein "Wir - Gemeinsam in Zwickau e.V." aus Sachsen und das "Bündnis gegen Rechts im Kyffhäuserkreis" aus Thüringen.
Die Festrede hält der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende und Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales in Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, stellt die Preisträger vor. Laudatoren sind die Journalistin und Autorin Regine Sylvester und Stephan Kramer, Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland.
Die Festveranstaltung findet statt
am Montag, dem 26. November 2012,
um 17:00 Uhr,
im Willy-Brandt-Haus,
Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.
Im Anschluss an die Preisverleihung findet ein Empfang ein.
Zu den Preisträgern:
Andreas Dresen, 1963 in Gera geboren, ist freier Autor und Regisseur. Seine Filme geben Einblicke in den ganz normalen Alltag in Ostdeutschland. Dresen ist einer der ersten Regisseure, der sich differenziert mit der Realität der SED-Diktatur auseinander setzte. Er schaut dabei stets mit viel Sympathie und Einfühlsamkeit auf das Leben "gewöhnlicher" Menschen und erzählt ihre Geschichte. Damit hilft er zu verstehen und Vorurteile abzubauen und baut eine Brücke zwischen den Menschen in Ost- und Westdeutschland.
Der Verein "Wir - Gemeinsam in Zwickau" engagiert sich für das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft. Vor allem Menschen mit Migrationshintergrund sollen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Neben Migrations- und Integrationsprojekten arbeitet der Verein für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Präventiv gegen Rechtsextremismus engagiert sich "Wir - Gemeinsam in Zwickau" auch mit Info-Veranstaltungen zu Sucht- und Gewaltprävention und sucht mit einer Fülle an interkulturellen Festen, Ausstellungen und Podiumsdiskussionen die Öffentlichkeit.
Das thüringische "Bündnis gegen Rechts im Kyffhäuserkreis" ist eine Kooperation von Vereinen, Verbänden, Kirchen, Parteien und Bürgerinnen und Bürgern und vielen weiteren Partnern. Das Bündnis wirkt in hervorragender Weise der Herausbildung und Verbreitung rechtsextremer Strukturen entgegen. Seit der Gründung im Sommer 2000 konnte eine Vielzahl von Projekten umgesetzt werden wie die schulbezogene Jugendarbeit, interkulturelle Maßnahmen und Begegnungsprojekte, Demokratieworkshops und vieles mehr.
Bitte melden Sie sich für diesen Termin an unter pressestelle@spd.de
Für die Akkreditierung vor Ort benötigen Sie einen gültigen Personalausweis und einen Presseausweis.
Für Rückfragen steht Ihnen die Pressestelle des SPD-Parteivorstandes unter der Rufnummer 030 25991-300 zur Verfügung.
Über Ihr Interesse freuen wir uns.

Kontakt:
Sozialdemokratische Partei Deutschlands Parteivorstand Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin
Telefon (030) 25991-300, FAX (030) 25991-507
Herausgeberin: Andrea Nahles
Redaktion: Tobias Dünow
e-mail: pressestelle@spd.de
<http://www.spd.de>

Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

pressestelle@spd.de

Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

pressestelle@spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)
Zukunftsgerecht in Europa
Gerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäischen Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung. Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatsmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....